

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SPD-LAND BREMEN

RAN AN DIE ARBEIT FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN

Sozial gerecht, wirtschaftlich stark, ökologisch nachhaltig und weltoffen

Von Bürgermeister Andreas Bovenschulte

Nicht zufällig habe ich in meiner Regierungserklärung vor der Bremischen Bürgerschaft Ende August an den Anfang gestellt: Wir wollen das Leben der Menschen in unserem Bundesland in den nächsten vier Jahren ein Stück besser machen. Und zwar ganz konkret vor Ort – in Bremen, in Bremerhaven und in Bremen-Nord. In den Stadtteilen und in den Quartieren, in den Kitas und in den Schulen, bei der Arbeit und in der Freizeit.

Mit diesem Ziel tritt die neue rot-grün-rote Koalition für die Gestaltung unseres Bundeslandes an. Und dies ist der Anspruch, den ich auch als Bürgermeister erfüllen möchte, für den ich mich einsetzen und arbeiten werde.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Koalition Erfolg haben werden, wenn es uns gelingt, nah bei den Menschen zu sein. Wenn wir uns ein Gespür dafür bewahren, was die Menschen in den Quartieren tagtäglich bewegt, was sie an- und umtreibt, wie die Antworten auf die Wirklichkeiten vor Ort aussehen müssen. Als rot-grün-rote Koalition haben wir uns spürbare Verbesserungen vorgenommen für Bremen und Bremerhaven – sozial gerecht, wirtschaftlich stark, ökologisch nachhaltig und weltoffen:

- Wir wollen, dass es mehr Krippen- und Kitaplätze gibt. Insbesondere in den Stadtteilen mit niedriger Versorgungsquote. Wir sind erst am Ziel, wenn es

dort den gleichen Versorgungsgrad gibt, wie in den am besten versorgten Stadtteilen.



FOTO: JONAS NOLDEN/EPAPERE/SHUTTERSTOCK

Foto oben: Der neue Senat (v. l. n. r.): Dietmar Strehl (GRÜNE), Finanzen; Claudia Bogedan (SPD), Kinder und Bildung; Anja Stahmann (GRÜNE), Soziales, Jugend, Integration und Sport; Bürgermeisterin Maike Schaefer (GRÜNE), Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau; Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD), Präsident des Senats; Kristina Vogt (LINKE), Wirtschaft, Arbeit und Europa; Claudia Schilling (SPD), Wissenschaft und Häfen, Justiz; Claudia Bernhard (LINKE), Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz; Ulrich Mäurer (SPD), Inneres

Foto links: Der Landesparteitag nominiert Andreas Bovenschulte für das Amt des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Die Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp gratuliert.

- Wir werden neue Schulen bauen, bestehende mit mehr Personal ausstatten und mehr Ganztagschulplätze anbieten.
- Wir wollen in Bremen und Bremerhaven unseren Anteil daran leisten, dass Deutschland seinen Klimazielen näher kommt und alle unsere Entscheidungen darauf überprüfen, ob es klimafreundlichere Alternativen gibt.
- Wir wollen ein sicheres und sauberes Bremen und Bremerhaven.
- Wir wollen, dass die Menschen sich keine Sorgen mehr machen, dass die Mieten weiter steigen und sie ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können.
- Und wir wollen, dass die Wirtschaft weiter wächst und die Menschen mit guter Arbeit und fairen Löhnen ihren Anteil daran haben.

Klar ist: Wir werden uns daran messen lassen müssen, ob wir diesen Zielen in den kommenden vier Jahren spürbar näher kommen. Bremens finanziell deutlich bessere Lage wird dabei hilfreich sein. Zur Wahrheit gehört aber auch: Bremen ist auch in Zukunft nicht auf Rosen gebettet. Obwohl wir unter großen Anstrengungen in den vergangenen Jahren die Haushalte konsolidiert haben, bleibt das Geld knapp. Und daher müssen wir ehrlich zueinander sein: Schon jetzt ist absehbar, dass in den Haushaltsberatungen nicht jeder Wunsch in Erfüllung gehen wird. Wir werden also um Prioritäten ringen müssen und nicht alles auf einmal umsetzen können. Ich bin mir sicher, dass es sich lohnen wird, einen langen Atem aufzubringen. Das Entscheidende ist doch, dass die Schritte – ob groß, ob klein – immer in die richtige Richtung gehen.

Die drei Parteien in dieser rot-grün-roten Koalition haben zweifelsfrei unterschiedliche Schwerpunkte, und dennoch stehen wir für einen gemeinsamen Aufbruch unseres Landes und seiner beiden Städte. Ich kann gut damit leben, wenn das Echo zur Regierungserklärung als sehr ambitioniert wahrgenommen wurde. Denn wir wollen und stehen für einen Aufbruch, der mutig ist, nicht verzagt, der Ziele und Richtungen benennt, auch wenn diese nicht morgen erreicht sein können.

Manche sagen: Wir müssen uns vor allem um die wirtschaftliche Entwicklung unser beiden Städte kümmern. Andere fordern, dass das Soziale ganz vorne steht, die nächsten geben dem Klimaschutz die größte Priorität und andere wiederum wollen, dass wir uns mit ganzer Kraft für ein weltoffenes Bremen einsetzen.

Wir wollen das alles zusammen denken. Wir werden den sozialen Zusammenhalt stärken, die Bildung verbessern, dem Klimaschutz ein größeres Gewicht geben und gute Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft und damit auch für eine nachhaltige Haushaltspolitik schaffen. Und wir werden ein weltoffenes Bremen erhalten. Das ist der richtige Weg in die Zukunft für unser Land und unsere beiden Städte.

Ein gemeinsames Kernanliegen der Koalition haben wir im ersten Kapitel des Koalitionsvertrags, im Kapitel „Kinder und Bildung“ vereinbart. Unser Kernsatz, Ungleiches auch ungleich zu behandeln, damit wir allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden, ist auch die Orientierung für die Regierungsarbeit.

Der Kita- und Schulausbau ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen. Mit dem größten Kita-Ausbauprogramm der Geschichte hat die Stadt Bremen seit Mitte 2016 gut 3.500 neue Kitaplätze geschaffen, 25 Kitas wurden komplett neu gebaut, sieben weitere sind derzeit im Bau. 850 Kitaplätze kommen alleine im begonnenen Kita-Jahr hinzu. Trotz aller Anstrengungen wissen wir heute: Es reicht noch nicht. Wir werden deshalb weitere Krippen und Kitas bauen und wir werden zusätzliche Erzieher und Erzieherinnen ausbilden müssen.

Prioritäten werden wir in den Stadtteilen mit geringer Versorgungsquote setzen, hier müssen und hier werden wir zulegen. Wir wollen

- bis zum Ende der Legislatur für mindestens 60 Prozent aller unter-dreijährigen Kinder Krippenplätze in ihrem Stadtteil zu schaffen,
- den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem ersten Geburtstag auf 30 Wochenstunden erhöhen,
- in mindestens einer Einrichtung pro Stadtteil längere Öffnungszeiten anbieten und als Modellvorhaben eine 24-Stunden-Betreuung testen.

Der Schulbau ist nicht weniger als eine Mammutaufgabe, die auch über diese Legislaturperiode hinausreicht. 17 allgemeinbildende Schulen müssen in der Stadt Bremen komplett neu gebaut werden. 96 von 120 Standorte werden zudem ausgebaut. Damit wir zu schnellen und guten Arbeitsstrukturen kommen, die dies alles begleiten und stemmen können, werden wir eine Senatskommission unter meinem Vorsitz einsetzen.

Wir müssen aber nicht nur Schulen und Kitas bauen, wir müssen auch mehr Fachkräfte für die Arbeit mit unseren Kindern und Jugendlichen gewinnen.

ZUR PERSON



FOTO: LIS BREMEN/MICHAEL SCHNELLE

Andreas Bovenschulte ist seit dem 15. August 2019 Bremer Bürgermeister. Erst kurz zuvor, im Juni des Jahres, war er zum Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion gewählt worden. Seit 2014 war er Weyher Bürgermeister. 1965 in Hildesheim geboren, trat er 1984 in die SPD ein und war als Jusos, in der Hochschulpolitik und als ASTA-Vorsitzender aktiv. Nach Delegiertenmandaten und dem Ortsvereinsvorsitz im OV Altstadt/Mitte führte er drei Jahre lang, von 2010 bis 2013, die Bremer SPD als Landesvorsitzender. Der 54jährige Jurist ist mit Ulrike Hiller verheiratet, die beiden haben zwei Töchter. Einer der Leidenschaften von ‚Bovi‘ ist Musik, in jungen Jahren als Bassist, jüngst tonangebend am 1. Mai 2019 bei ‚Bella Ciao‘.

Dass uns das gelingt, ist entscheidend dafür, dass wir gute Bildung und Betreuung für alle anbieten können. Wir werden deshalb hierfür

- die Zahl der Ausbildungsplätze an den Fachschulen weiter hochfahren,
- in den nächsten Jahren schrittweise zu einer vergüteten Regelausbildung kommen und
- in Kitas in schwierigem Umfeld mehr Personal einsetzen, um die Erzieherinnen und Erzieher dort zu entlasten.

In den kommenden vier Jahren sollen bis zu 400 Gruppen aus Mitteln des Gute-Kita-Gesetzes eine verbesserte Personalausstattung erhalten. Wir wollen alle Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlen und in die Tarifgruppe 8b hochstufen.

Ihr seht am Beispiel unseres gemeinsamen Herzensthemas Kinder und Bildung, dass wir uns nicht scheuen, mutige Ziele zu benennen. Ziele mit dem Potenzial des zu Beginn benannten Ziels: Das Leben der Menschen in den Quartieren ein Stück besser zu machen.

Dafür werden wir arbeiten. Dabei setze ich auf Eure Unterstützung und Solidarität. ■

Bürgermeister Andreas Bovenschulte bei seiner Regierungserklärung am 29. August 2019 in der Bremischen Bürgerschaft.



FOTO: BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

HALTUNG HABEN. FLAGGE ZEIGEN.

Wir lieben Bremen: Weltoffen, tolerant und friedlich



FOTOS: SPD LAND BREMEN

Am Samstag, 31. August 2019, galt es gleich zweimal Präsenz und Flagge zu zeigen: Die Kundgebungen zum Christopher-Street-Day und zum Anti-Kriegstag beherrschten an diesem Tag das Bild in der Bremer Innenstadt. Den Aufruf des DGB zum Anti-Kriegstag unter dem Motto „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Für Frieden und Abrüstung!“ unterstützte auch der Bremer SPD-Landesvorstand – und so folgten ihm viele Genossinnen und Genossen. „Bremen zeigt Flagge – für eine weltoffene, tole-

rante und vor allem friedliebende Stadt. Ich bin stolz darauf, dass so viele Bürgerinnen und Bürger an diesem Tag ein Zeichen gegen Intoleranz und Krieg gesetzt haben“ so unsere Landesvorsitzende, Sascha Karolin Aulepp.

Flagge wurde auch auf dem Rathaus gezeigt: Auf dem Dienstsitz unseres neuen Bürgermeisters und Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Andreas Bovenschulte, wehte erstmals die Regenbogenflagge: Das Symbol für

die Bürgerrechte von Schwulen und Lesben und der ganzen Regenbogen-Community. Hierzu erklärte Andreas Bovenschulte: „Neben den ganz konkreten rechtlichen Verbesserungen ist auch ein sichtbares Zeichen nötig. Wir wollen zeigen: Jede und jeder soll auch öffentlich zeigen können, wen man liebt – ohne dafür beleidigt oder angegriffen zu werden. Vielfalt macht uns stark, sie macht unser Land lebenswert!“ Hierfür demonstrieren in der Bremer Innenstadt rund 10.000 Teilnehmende. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von
den Autoren verant-
wortet.

Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

— Anzeige —



DAS PLAKAT FINDEST DU UNTER SHOP.SPD.DE ZUM DOWNLOAD.

WIR WÄHLEN EINE NEUE SPITZE.

- 14. – 25. OKTOBER**
Bestimme bei der Mitgliederbefragung online oder per Brief Deine Favoriten.
- 26. OKTOBER**
Das Abstimmungsergebnis wird veröffentlicht.
- 19. – 29. NOVEMBER**
Abstimmung zwischen Platz 1 und Platz 2.
- 06. – 08. DEZEMBER**
Unser Parteitag wählt die neue Spitze.

UNSERE.SPD.DE

Herausgeber: SPD-ParteiVorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

PROZESS-PLAKAT "WIR WÄHLEN EINE NEUE SPITZE" A1-HOCHFORMAT

REGISTRIERE DICH NOCH BIS ZUM 19. SEPTEMBER FÜR DIE ONLINE-ABSTIMMUNG!

SPD.DE/ONLINEABSTIMMEN



KLARE SCHWERPUNKTE

Güngör nennt Prioritäten und Vorhaben der rot-grün-roten Koalition

Bildung, soziale und Stadtteilgerechtigkeit sowie Klimaschutz – das sind die Schwerpunkte der neuen Regierung. Mustafa Güngör: „Für die SPD steht der gesellschaftliche Zusammenhalt im Mittelpunkt.“

Um es klar zu sagen: Wir wollen Bremen und Bremerhaven besser machen.“ So fasste der SPD-Fraktionsvorsitzende, Mustafa Güngör, in der Bürgerschaft den rot-grün-roten Koalitionsvertrag zusammen. Anlass war eine Regierungserklärung von Bürgermeister Andreas Bovenschulte, in der dieser die Ziele der rot-grün-roten Koalition vorstellte. In der anschließenden Debatte nannte dann auch der SPD-Fraktionschef zentrale Vorhaben und die Prioritäten des Regierungsbündnisses:

Bildung, soziale und Stadtteilgerechtigkeit und Klimaschutz.

Dabei betonte Güngör unter anderem, dass sich vor Ort, in den Quartieren etwas verbessern soll – und insbesondere dort, wo das Leben der Menschen nicht auf Rosen gebettet ist, investiert werden soll. Diese Verbesserung soll zum Beispiel durch mehr Sicherheit und Sauberkeit vor Ort gelingen. Zudem soll der Ausbau der Quartierszentren vorangetrieben, das Programm Wohnen in Nachbarschaften weiterentwickelt und aufgestockt sowie

mit dem „Landesprogramm Quartiere“ die Arbeit konkret vor Ort intensiviert werden.

Ein deutlicher Schwerpunkt liege außerdem auf dem Bereich Kinder und Bildung, wie Güngör betonte. So sollen mehr Ganztagschulen entstehen, der Schul- und Kitausbau beschleunigt, mehr Lehrer in die Schulen geholt, die Inklusion personell besser ausgestattet und zielgerichtet jene Schulen gestärkt werden, die vor besonderen Herausforderungen und Problemen stehen. „Ungleiches darf man nicht gleich, sondern man muss es ungleich behandeln. Es ist daher richtig, die nach wie vor knappen zusätzlichen Finanzmittel, die wir haben, nicht ausschließlich, aber vorrangig dort einzusetzen, wo wir vor den größten Problemen stehen“, sagte Güngör.

Er ging zudem auf die Pläne zum Wohnungsbau, zur Gewerbeflächenentwicklung und zum Arbeitsmarkt ein und betonte, dass eine Energie- und Verkehrswende nötig sei, diese aber sozialverträglich gestaltet werden müsse. Und er betonte, dass die Koalition zur Einhaltung der Schuldenbremse stehe und daher in den Haushaltsberatungen Prioritäten setzen müsse. Güngör abschließend: „Für diese Koalition und besonders die SPD steht der gesellschaftliche Zusammenhalt im Mittelpunkt – mit dem klaren Auftrag, das Leben der Menschen in den Quartieren besser zu machen.“ ■

MUSTAFA GÜNGÖR NEUER VORSITZENDER

Erstmals Abgeordneter mit Migrationshintergrund an Fraktionsspitze

Mustafa Güngör ist neuer Vorsitzender der SPD-Fraktion. Güngör setzte sich bei der Wahl mit 12 zu 11 Stimmen gegen Antje Grotheer durch und folgt damit auf Andreas Bovenschulte, nachdem dieser zum Bürgermeister und Präsidenten des Senats gewählt worden war.

Der 41-jährige Osterholzer, dessen Eltern aus der Türkei stammen, ist damit der erste Abgeordnete mit Migrationshintergrund in dieser Funktion der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Der studierte Politikwissenschaftler und selbstständige IT-Unternehmer sitzt seit 2007 in der Bürgerschaft und ist dort auch bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Inhaltlich will sich Güngör für ein klares Profil der SPD-Fraktion innerhalb der rot-grün-roten Koalition einsetzen: „Wir müssen nicht nur inhaltlich deutlich machen, wofür wir stehen, sondern vor allem auch verstärkt den Kontakt zu



den Menschen in Bremen und Bremerhaven suchen. Ich verstehe die Fraktion als Bindeglied zwischen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und dem Parlament – das müssen wir vor Ort, dort wo die Menschen wohnen, auch deutlich machen, ihre Probleme ernst nehmen und gleichzeitig vermitteln, wie wir das Leben in unseren beiden Städten weiter verbessern wollen.“ ■

Die Fraktion als Bindeglied zwischen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und dem Parlament – Mustafa Güngör ist von den SPD-Abgeordneten zum neuen Vorsitzenden gewählt worden.

MARIEKE MEINHART GESCHÄFTSFÜHRERIN



Die 23 Abgeordneten haben Marieke Meinhart einstimmig zur neuen Geschäftsführerin der SPD-Fraktion gewählt. Sie folgt damit auf Olaf Bull, der als Staatsrat ins Innenressort zurückgekehrt ist. Die 34-Jährige Volljuristin war im Fraktionsbüro zuvor als Parlamentsreferentin unter anderem zuständig für die Themengebiete Inneres, Justiz, Petitionen sowie Bürgerbeteiligung und Beiräte. Sie war Justiziarin des Fraktionsbüros und dort auch Betriebsrätin. „Ich freue mich, dass Marieke Meinhart mit ihrer hohen Kompetenz und ihrem sehr empathischen Umgang mit Menschen diese wichtige Funktion übernimmt“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Mustafa Güngör. ■